

Was den Wohlstand der Deutschen wohl noch mehr in Gefahr bringt, ist der schlechte Zustand der Schulen. Um die Bildungseinrichtungen auf Vordermann zu bringen, sind nach Berechnungen der staatlichen KfW-Bankengruppe schon heute 34 Milliarden Euro notwendig. Aber selbst wenn das Geld nun fließen würde – es fehlt häufig an Personal in den Baubehörden. »Jahrelang wurde auch hier überall gespart und Stellen gestrichen. Wir brauchen aber einen handlungsfähigen Staat, der dafür sorgt und auch sorgen kann, dass die Infrastruktur erhalten und gepflegt wird«, sagt Stefan Körzell.

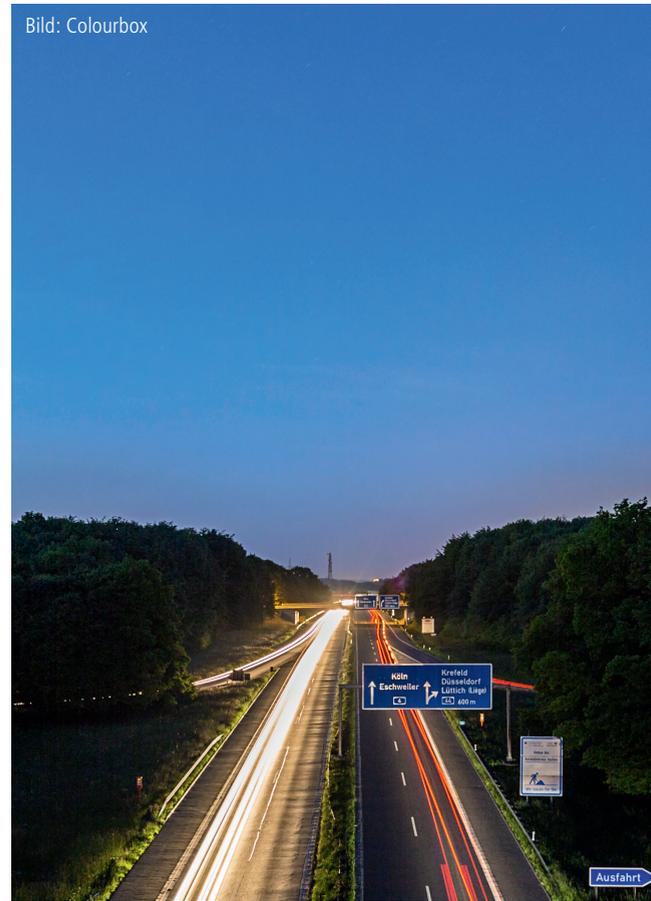
DGB-VORSCHLÄGE FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT

Was also tun? Der DGB schlägt vor, die Haushaltsüberschüsse für Investitionen und nicht für zusätzliche Schuldentilgung einzusetzen. Außerdem soll der Staat ähnlich wie Bürgerinnen und Bürger die niedrigen Zinsen für die Zukunftsinvestitionen nutzen dürfen. Um dadurch nicht gegen Verschuldungsregeln zu verstoßen, fordert der DGB, öffentliche Investitionen von der Schuldenbremse auszunehmen. Zudem wäre ein Programm sinnvoll, mit dem überschuldete Kommunen ihre Schulden loswerden, damit sie wieder handlungsfähig werden. So kann man den notleidenden Kommunen auf die Beine helfen. Doch langfristig braucht Deutschland einen Investitionsplan, der gerecht finanziert wird. Bis jetzt beteiligen sich Superreiche und Vermögende an der Finanzierung unseres Gemeinwesens kaum. Deshalb fordert der DGB, dass Topverdiener, Superreiche und große Erbschaften stärker besteuert werden, statt die Gebühren immer öfter zu erhöhen, oder neue Gebühren zu erfinden.

Stattdessen planen Schäuble und Dobrindt, dass künftig eine neue Gesellschaft für Verkehrsinfrastruktur die Brücken und Straßen saniert. Der Staat will damit Konzerne am Bau und Betreiben von Autobahnen beteiligen und macht den Weg frei für eine schleichende Privatisierung der Straßen. Eine »Straßenmaut für Alle« bedeutet ein schleichender Ausstieg aus dem steuerfinanzierten Straßenbau. »Mit uns nicht«, sagt Körzell. »Jede Maut ist für Reiche und Arme gleich hoch. Unfairer geht es nicht.«

www.dgb.de/mitglied-werden

Bild: Colourbox



www.dgb.de

HERAUSGEBER:

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
 Bundesvorstand
 Abteilung Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik
 V.i.S.d.P.:
 Stefan Körzell
 DGB Bundesvorstand
 Henriette-Herz-Platz 2
 10178 Berlin
www.dgb.de



DGB

**JETZT
 GERECHT**
 DU HAST DIE WAHL!

Mehr investieren
für alle

Bild: Colourbox

INVESTIEREN IN EINE BESSERE ZUKUNFT

Die Kita »Brockenkinder« liegt dort, wo andere Urlaub machen: in Schierke mitten im Harz. Kinder könnten es kaum schöner haben – wäre die Einrichtung nicht geschlossen. Sie wird renoviert. Seit 2013. Eigentlich sollte die Kita längst wieder geöffnet sein. Doch während der Arbeiten wurden weitere Baumängel entdeckt. Die mit einer Million Euro angesetzten Sanierungskosten werden doppelt so hoch sein wie einst vorgesehen. Und wann in der Kita wieder Kinderlachen zu hören sein wird, steht in den Sternen. Bis zur Neueröffnung müssen die Schierker Eltern die Jungen und Mädchen ins Ausweichquartier im Nachbarort Elend bringen.



Bild: Colourbox

Das Dorf heißt tatsächlich Elend. Der Begriff passt aber auch zu der Tragödie, die sich seit Jahren in Deutschland abspielt. Nicht nur am Brocken: Überall bröckelt die öffentliche Infrastruktur. Ein wahres Elend. Betroffen sind Straßen, Brücken, Gehwege, Theater, Konzertsäle, Bibliotheken, Mehrzweck- und Turnhallen, Schwimmbäder, Schulen und andere Bildungseinrichtungen, Freizeittreffs, Parkanlagen, Krankenhäuser und selbst denkmalgeschützte Gebäude wie Burgen und historische Häuser. Die einen Gebäude und Anlagen sind »nur« marode, andere schwer in ihrer Substanz bedroht.

BAUEN, EINSTELLEN, INVESTIEREN: DER STAAT MUSS HANDELN KÖNNEN

Deutschland, die leistungsstärkste Volkswirtschaft Europas und einer der reichsten Staaten der Welt, schiebt einen Sanierungsstau von sage und schreibe 300 Milliarden Euro vor sich her. Allein in den Kommunen beläuft sich der Investitionsstau laut KfW-Recherche auf 136 Milliarden Euro. Für den Deutschen Gewerkschaftsbund ist klar: »Seit Jahrzehnten fährt die Bundesrepublik gefährlich auf Verschleiß. Der deutsche Staat nähert sich der Handlungsunfähigkeit«, sagt DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell.



Bild: Colourbox

Statt die Investitionen drastisch zu erhöhen, wird beinhaltet gespart, um künftig einen Haushalt ohne neue Schulden aufzustellen, oder, wie der Bundesfinanzminister es nennt: die »Schwarze Null« zu sichern. »Der Bund knausert, obwohl für ihn die Kreditaufnahme so billig ist wie seit Jahrzehnten nicht«, sagt Körzell. Und nicht nur das: Der Staat verdient sogar daran, weil ihm Kapitalanleger eine Prämie dafür zahlen, ihr Geld im »sicheren Hafen« namens Bundesrepublik anlegen zu können.

INVESTITIONEN BRINGEN WACHSTUM

Dabei wären Investitionen profitabel: »Jede Milliarde, die der Staat zum Erhalt unserer Infrastruktur ausgibt, erzeugt zusätzlich ein Wirtschaftswachstum von wieder 1,5 Milliarden Euro. Investieren lohnt sich für alle«, rechnet Körzell vor. Trotzdem wollen Bund und Länder die unsinnige Schuldenbremse nicht abschaffen oder wenigstens lockern, sondern das Instrument ab

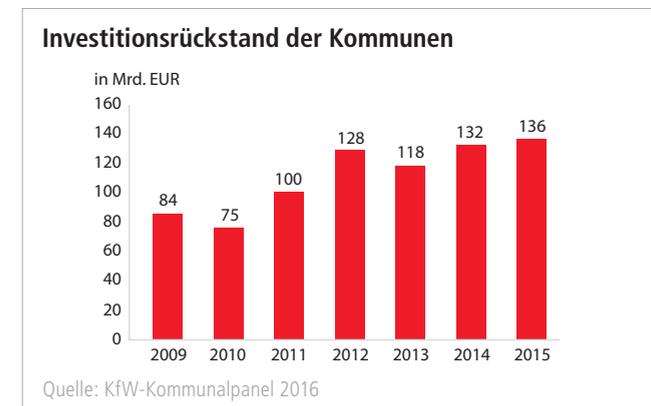


Bild: Colourbox

2020 verschärfen. Ein fataler Teufelskreis: Es würde noch strenger gespart, noch weniger investiert – und noch weniger Wirtschaftswachstum entsteht.

Der Weg in den Mager-Staat begann schon vor 15 Jahren. Damals wurden die Steuern für die Unternehmen und Reiche gesenkt, in den Behörden die Stellen gestrichen und staatliche Institutionen privatisiert. Die Schuldenbremse beschleunigt den Prozess – jetzt fehlt es an allen Ecken und Enden. Führende Ökonomen sehen die Lage ebenso kritisch wie der DGB. Der Leiter des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Marcel Fratzscher, spricht von »Raubbau an der Zukunft unseres Landes«.

In jüngerer Vergangenheit hat der Staat in seine Infrastruktur unter dem Strich fast jedes Jahr immer weniger investiert. Seit 2003 wird in den Kommunen mehr abgeschrieben als Geld ausgegeben.



Mit anderen Worten: Das Eigentum der öffentlichen Hand geht schneller kaputt, als es repariert wird. Zwei Zahlen verdeutlichen dies: Seit 1992 hat sich das private Vermögen in Deutschland mit deutlich über 10 Billionen Euro weit mehr als verdoppelt. Aber das staatliche Vermögen, die Brücken, Schulen, Theater, ist netto um 800 Milliarden Euro auf nahezu null geschrumpft. Dabei ist Geld da. 2016 hat Deutschland zum dritten Mal in Folge mehr eingenommen als ausgegeben: 19 Mrd. Euro beträgt der Überschuss, der auf Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen entfällt.

VERSCHIEBEN MACHT ES TEURER

Doch investiert wird trotzdem nicht. Spürbar ist das für jeden: Die einen ärgern sich über geschlossene Bibliotheken oder holprige Fahrradwege, die anderen stehen stundenlang und täglich im Stau. Ein Beispiel aus Bayern: In Schwaig bei Nürnberg muss ein Hallenbad für schätzungsweise zwei Millionen Euro saniert werden. Folge: Schließung für sechs Monate. Der Befund des beauftragten Architekturbüros über den Bauzustand fiel lokalen Medienberichten zufolge »niederschmetternd« aus, was den zuständigen Architekten noch nicht mal wunderte: Die letzte Sanierung liegt nämlich schon zwei Jahrzehnte zurück. Sonst wurde nur geflickschustert.

»Wir brauchen einen handlungsfähigen Staat, der dafür sorgt, dass die Infrastruktur erhalten und gepflegt wird.«

Stefan Körzell, DGB-Vorstandsmitglied

Trotz guter Konjunktur können viele Städte keine günstigen kommunalen Dienstleistungen anbieten, wie öffentliche Schwimmbäder, gut ausgestattete Bibliotheken oder moderne Schulen. Kommunen mit relativ voller Kasse können das Schlimmste vermeiden. In den vielen hundert Städten und Gemeinden, die jeden Euro zweimal umdrehen müssen, sieht es schlimmer aus. Dort verfällt die Infrastruktur – zulasten ihrer Einwohner.

Permanent werden Reparaturen längst bekannter Mängel aus Geldnot rausgezögert. Kiel ließ jahrelang den Zustand des Rathauses von Experten beobachten. Jetzt ist Schluss mit der Begutachtung, es muss gehandelt werden. Das 106 Meter hohe



Bild: Colourbox

Wahrzeichen der Stadt wird saniert. Konsequenz: Schaulustige dürfen den Turm wohl erst ab 2018 wieder besteigen. Wenn nicht noch Gravierenderes entdeckt wird. Vielfach müssen Kitas, Schwimmhallen und andere Einrichtungen erheblich länger schließen als geplant. Denn erst während der Sanierung zeigt sich das wahre Ausmaß der Baufälligkeit. Dies wiederum lässt die Kosten explodieren.

Investitionen tun also Not. »Gerade hier steht Deutschland auch international schlecht da«, sagt DGB-Vorstandsmitglied Körzell. Die öffentliche Investitionsquote lag 2016 gerade mal bei 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, während sie im Durchschnitt der Industrieländer 21 Prozent betrug. 2015 hatte der Bund für den Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen so wenig ausgegeben wie selten zuvor innerhalb eines Jahres, obwohl genügend Geld vorhanden wäre. »Wir verbauen uns die Zukunft, weil wir nicht genügend bauen«, stellt Körzell fest.

DEUTSCHLAND STEHT BALD IM DAUERSTAU

Am schlimmsten sieht es bei den Straßen und Brücken aus. Allein die bröckelnden Brücken zwischen Ost- und Bodensee sind ein Alarmzeichen. Insgesamt sind es gut 2500 Stück, die staatlich bestellte Fachleute als mehr oder weniger dringend sanierungsbedürftig einstufen. In Bremen müssten von den 760 Brücken nach städtischen Berechnungen ungefähr zwei Drittel modernisiert werden. Kosten: Nicht abschätzbar. Kurzum: Weil nicht investiert wird, steht Deutschland bald nicht nur in den Ferien im Stau.